

An den
Bevollmächtigten der Bundesregierung für Pflege
Andreas Westerfellhaus
Friedrichstr. 108
10117 Berlin

OFFENER BRIEF

München, 27.03.2020

Sehr geehrter Herr Staatssekretär,
sehr geehrter Herr Westerfellhaus,

bei allem gebotenem Respekt vor Ihrem Amt als Bevollmächtigter für Pflege der Bundesregierung:

In Ihren „FAQ s zu Corona für die stationäre und ambulante Pflege“ werden die Bedarfe Pflegender Angehöriger nicht angemessen behandelt.

Sie wissen, dass die ambulante Pflege im wesentlichen aus der Pflege und Sorge der Bürger umeinander und füreinander besteht.

Die professionelle Pflege ist als Beruf unbestritten eine ausserordentlich wichtige Ergänzung. Selbstverständlich müssen ihre Bedarfe und Fragen angemessen behandelt werden.

Es ist für Pflegende Angehörige (wohlgemerkt jeden Alters!) allerdings völlig unverständlich, dass ihre Bedarfe und Fragen auf Seite 17 Ihrer Ausführungen lediglich im Zusammenhang mit der Verwendung von Desinfektionsmitteln erwähnt werden.

Das ist zu wenig!

Es ist dem großen rund um die Uhr Einsatz von Angehörigen zu verdanken, dass die ambulante Versorgung der Mehrzahl unserer Pflegebedürftigen sichergestellt werden kann.

Noch ist das der Fall, aber:

- Was sollen Angehörige tun, wenn sie selbst erkranken?
- Was sollen sie tun, wenn sie über keine Atemschutzmasken und keinen Einmalhandschuhe verfügen, um ihre Pflegebedürftigen zu schützen?
- Was sollen sie tun, wenn sie ohne Atemschutzmasken und ohne Einmalhandschuhe einkaufen gehen und dann wieder in ihren Haushalt mit Pflegebedürftigen zurückkommen?
- Was sollen sie tun, wenn professionelle Pflegedienste mangels ausreichender Schutzkleidung ohne adäquate Schutzausrüstung in ihre Haushalte kommen?
- Wie sollen sie Arztbesuche organisieren?
- Was tun, wenn die "24 Stunden Haushaltshilfe" nicht mehr kommen kann?
- Was tun, wenn Angehörige weit entfernt von ihren Pflegebedürftigen leben?
- Was tun, wenn Kinder mit im Haushalt leben usw. usw.....?

Es ist verständlich, dass nicht auf alle Fragen eingegangen werden kann. Aber in den online-Foren von pflegenden Angehörigen jeden Alters könnten deren Bedarfe erfragt werden. Wäre das nicht ein Weg auch diese Gruppe der Pflegenden von politischer Seite aus mit einzubeziehen?

Ich bitte Sie dringend sich dieses Themas anzunehmen.
Die häusliche Pflege darf nicht zusammenbrechen!

Mit freundlichen Grüßen,



Brigitte Bührlen